

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Schlagzeilen aus dem Reichstag und die finanziellen Maßnahmen aufgeworfen. - Artikel von Dr. Stroessner. - Presse-Sprach. - Rundschau Nr. 22.

Wiederholung der Wiederaufstellung  
Bemerkungen des Reichstags am 15. Mai und  
Bemerkungen des Reichstags am 16. Mai, sowie  
Wiederholung der Wiederaufstellung, sowie  
Reichs-Parlament am 16. Mai, sowie  
Reichs-Parlament am 17. Mai, sowie

Kriegsmarine: Tagesschau Auszugszeitung. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Reichs und des Finanzgerichts Aue. Herausgeber: Aue Zeitung Nr. 1900

Nr. 114

Freitag, den 16. Mai 1924

19. Jahrgang

### Regierungsbildung und Reichstagspräsidentenwahl.

Welche Partei stellt den Reichstagspräsidenten?

Von Reichstagsabg. Alfred Hrabau.

Noch sind, von der Deutschen Volkspartei abgesehen, die Fraktionen des neuen Reichstages nicht zusammengetreten, noch hat seine Wahlungnahme zwischen den einzelnen Parteien stattgefunden. Alles, was bisher über Regierungsbildung und die Wahl des Reichstagspräsidenten berichtet worden ist, waren bloße Kombinationen meist recht überflächlicher Art. Erst nach dem Zusammentreffen des Reichstags, also erst nach dem 27. Mai, wird die Entscheidung in beiden Richtungen fallen. Das schwierigste ist die Bildung der neuen Regierung. Denn die Neuwahlen bringen der Rechten zwar eine erhebliche Verstärkung, von einer Mehrheit der Rechten, die einen "Step" feiert, ist aber nicht entfernt die Siede: die Deutschnationalen bilden selbst mit den Bölkischen, die sich nicht einmal als Rechtspartei ansprechen lassen wollen noch nicht ein Drittel des Reichstags, und würde die Deutsche Volkspartei, die zuletzt als Partei der Mitte auftrat, sich wieder als Rechtspartei auftun, so wäre auch damit lange noch keine Rechtsmehrheit gegeben. Ebenso wenig wie eine Mehrheit der Rechten oder der sozialistisch-communistischen Linken besteht. Ist eine solche der Mitte vorhanden, sodass die Bildung einer in sich geschlossenen Regierung, die sich auf eine Mehrheit stützt, schwer denbar ist und vielleicht nur eine Minderheitsregierung ausstände kommt, die von der einstweiligen Zulassung durch andere Gruppen abhängig ist. Wenn einzelne deutschnationale Organe von Versuch reden, einen Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zusammen zu bringen, so werden darüber viele deutschnationale Wähler erschaut sein, die vor den Wahlen von den Wahlmachern ihrer Partei nichts anderes hörten, als dass die demokratische Partei die "Juden"partei und die "Partei des fortgesetzten Vaterlandserbbaus" sei. Es ist unmöglichlich, dass sich die Demokraten an einer solchen Regierungsbildung beteiligen. Sie dürfen sich nur dazu verstellen, gegenüber einer unter Führung oder Teilnahme der Deutschnationalen gebildeten Regierung eine abwartende Haltung einzunehmen; sie würden aber, sobald sie in die Opposition treten sollten, diese jedenfalls nicht nach deutschnationalem Vorbild bis zur Obstruktion, zur Sabotage treiben.

Einfacher und schneller dürfte die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten vor sich gehen. Die Deutschnationalen erheben Anspruch darauf, den Präsidenten zu stellen. Aus den Wahlen sind bekanntlich als stärkste Fraktion die Sozialdemokraten mit hundert Mandaten hervorgegangen, während die Deutschnationalen zunächst 96 Abgeordneten. Nachdem inswischen die auf die Landtagslisten in Thüringen, Baden, Hessen getroffenen Abgeordneten ihren Anschluss an die Deutschnationalen vollzogen haben, sind allerdings die letzteren mit 105 oder 106 Sitzen die stärkste Fraktion geworden. Eine Bestimmung aber, dass die ebenfalls starke Fraktion den Präsidentenposten im Parlament besetze, besteht nicht, es besteht nicht einmal eine konstante Übung dafür. Im alten Reichstag hatten die konserватiven von 1878 bis 1895 und von 1907 bis 1911 den Präsidentenposten inne, obwohl sie nicht die stärkste Gruppe waren. Es lag bis 1895 wenigstens, eine Rücknahme auf den kaiserlichen Hof darin, dass man den Präsidenten aus der Partei wählte, die dem Throne am nächsten stand. Als 1912 die Sozialdemokraten mit 110 Sitzen die stärkste Fraktion wurden, wollte man gleichwohl keinen Sozialdemokraten als Präsidenten, sondern zunächst einen Zentrumsmann (Dr. Spahn), und als dieser nach zwei Tagen zurücktrat, den fortschrittlichen Volksabgeordneten Dr. Kämpf, obwohl die fortschrittliche Volksfraktion nach der Stärke der Fraktionen erst an vierter Stelle stand. Ebenso wie damals im monarchischen Staat die Wahl eines republikanischen Sozialdemokraten nicht in Frage kam, sollte es sich jetzt verbieten, dass unter dem Siegen des Stabülls von einem in keiner Weise republikanisch geführten Reichstag ein deutschnationaler Feind des Stabülls als Präsident auf den Schild erhoben würde lediglich auf dem formalen Grund, weil durch Hinzutritt von neun Abgeordneten, die garnicht als Deutschnationale in ihren Wahlkreisen gewählt wurden, sind die deutschnationalen Fraktionen auf dritteren geworden ist. Das schärfste Argument ist es, dass dem bisherigen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Otto die Wiederwahl angestragen wird. Sollte Otto über die sozialdemokratische Partei ablehnen, so wäre die größte der auf dem Boden der Verfassung stehenden Mittelparteien, das Zentrum, in Frage, auf dessen Namen in der Nationalversammlung der Abg. Hettendorf das Amt des Präsidenten befreite.

Im neuen Reichstag wird mehr denn je neben der Parteileitung die persönliche Qualifikation für den Präsidentenposten in Betracht gezogen werden müssen. Denkt man an die üblichen Auftritte, die im vorigen Reichstag schon 15 Kommunisten hervorriefen, an die Obstruktionsversuche, in denen sie vielfach von den drei östlichen Abgeordneten, mitunter sogar von den Deutschnationalen unterstützt wurden, so kann man sich ein Bild von den Stadtauszen machen, die dem vielfach so freudig begrüßten neuen Reichstag mit seinen 62 Kommunisten bevorstehen, die ja nach ihrer eigenen Erfahrung nur zu dem Zweck in den Reichstag einziehen, die Arbeit zu stören (wie auch Bölkische im Wahlkampf sagten, dass sie in die "Quatschhöhle" nicht zur positiven Mitarbeit, sondern nur zur "Kontrolle" eingeschlagen würden). Es kommt also außerordentlich viel auf das persönliche Geschick an, mit dem der Präsident die Verhandlungen leitet. Das dieses Geschick bei dem bisherigen Präsidenten wäre in besonderem Grade vorhanden gewesen ist, darüber dürften keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, die für die Vertretung im neuen Reichstag zu erwarten sind, ist es auch geboten, dass diejenigen Parteien, die aus ihrer Mitte die Vizepräsidenten stellen, die persönliche Qualifikation der von ihnen gewählten mehr berücksichtigen, als es bisher der Fall gewesen war. Einige der bisherigen Vizepräsidenten waren schwierigen Situationen keinesfalls gewachsen. Von der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten hängt es wesentlich ab, ob es gelingen wird, das Ungetüm des neuen Reichstags wenigstens eingermassen so arbeitsfähig zu gestalten, wie es der soeben verlässigte bisherige in der Tat gewesen ist.

### Die Deutschnationalen fordern den Rücktritt der Regierung.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hält eine mehrstündige Sitzung ab, in der folgende Entschließung gefasst wurde:

"Wir fordern, dass die gegenwärtige Reichsregierung, entsprechend dem Ausfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes festgestellt hat, dem Reichspräsidenten als bald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechtes, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschieden Einspruch dagegen, dass das Kabinett etwa Gegenentwürfe zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen in den Organisationssomitees oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgibt. Die Deutschnationale Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als fair für sie bindend ansehen."

### Rücktrittszusammentritt am Freitag.

Das Kabinett, dessen Mitglieder wieder vollständig in Berlin versammelt sind, wird am Freitag und Sonnabend zu Sitzungen zusammentreten, in denen man sich mit Fragen der äußeren Politik, insbesondere mit dem Sachverständigen-Gutachten, beschäftigen wird. Das weitere dürfte sich das Kabinett mit den durch die Wahlen geschaffenen Parlamentslagen beschaffen, vor allen Dingen mit der Frage, wie die Regierungsbildung erfolgen soll.

Aus Kreisen der Regierung wird mitgeteilt, dass die Reichsregierung nicht gesonnen ist, der Aufforderung der Deutschnationalen nachzuhören und sich bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter weiter zu führen direkt oder indirekt Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten zu enthalten.

Die endgültige Entscheidung über die Regierungsbildung kann naturngemäß erst erfolgen, wenn die Fraktionen des Reichstages zusammengetreten sind.

### Der deutsch-russische Konflikt.

Die "Morning Post" meldet aus Moskau, der deutsche Außenminister Dr. Stresemann habe nach einer offiziellen Mitteilung der russischen Telegraphen-Agentur in seiner Entschuldigung an die Moskauer Regierung am Dienstag die Territorialität des russischen Handelsvertretung in Berlin anerkannt.

Damit ist die Hauptforderung erfüllt und dem Konflikt zwischen Moskau und Berlin seine Schärfe genommen worden. Die "Morning Post" sagt hingegen, in Moskau sei die russische Nachgeboten Deutschlands nicht erwartet worden. Man bedenke die im Großen Sowjet gehaltenen deutschfeindlichen Reden.

In einer Moskauer Meldung eines Berliner Blattes war behauptet worden, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, habe bei der Einweihung eines Denkmals für den sowjetgefaßten Woroschiloff dessen Ermordung mit dem Vorgesetzten gegen die Berliner Handels-

vertretung in Zusammenhang gebracht als zwei verdeckte Aktionen der Reaktion gegen Sowjetvertreter im Ausland. Wie aus Moskau mitgeteilt wird, hat Tschitscherin die ihm in den Mund gelegte Behauptung nicht getan.

### Deutsch-polnischer Notenwechsel über die politischen Übergriffe gegen die deutschen Minderheiten.

Die deutsche Regierung hat durch ihren Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der auf die infolge der ständig sich wiederholenden Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien für die dortigen Reichsangehörigen bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht wird.

In Beantwortung der Note bestrengt die polnische Regierung, dass in der deutschen Note keine konkreten Schwierigkeiten ausgeführt seien und spricht gleichzeitig den deutschen Regierung das Recht ab (1), in dem Falle wie dem vorliegenden zu intervenieren. Hierzu ist zu bemerken, dass die deutsche Gesandtschaft in Warschau nach Überreichung der grundsätzlichen Note der polnischen Regierung eine große Anzahl von Einzelfällen namhaft gemacht hat, in denen deutsche Reichsangehörige in Polnisch-Oberschlesien misshandelt oder ganz terrorisiert wurden. Die deutsche Regierung muss das Recht für sich beanspruchen, bei der Regierung eines fremden Landes Vorstellungen zu erheben, wenn ihre Staatsangehörigen in diesem Lande Verfolgungen und Ausschreitungen ausgeübt sind.

### Millerands Winkelzüge.

Nachdem man sich in Frankreich überausdrücklich schnell mit dem ausscheiden Bonaparte aus der politischen Arena der Gegenwart abgesunden hat, ist der Kampf nun so heftiger zwischen dem Präsidenten Millerand und dem liebreichen Linken entbrannt. Millerand gewinnt keineswegs seine Erklärung, die er vor den Wahlen abgegeben hatte, dass er mit dem nationalen Block steht und fällt, wahrzumachen, trotzdem die Linken ihm sofort beim Wahlen genommen und ihm eine knappzähnende Rücktrittsansetzung ins Geleit geschleudert hat. Ganz im Gegenteil sieht er jetzt durch eine ihm gefüllte Presse verkünden, dass er dem Kandidaten für das Ministerpräsidium Bedingungen zu stellen beabsichtige. Nach den Meldungen der Presse will Millerand die Aufrechterhaltung der Fußverbelebung, die Ablehnung einer unmittelbaren Aufnahme diplomatischer Besiegungen mit Frankreich und die Fortdauer der diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Vatikan verlangen. Die Kandidaten Millerands für das Amt des Ministerpräsidenten sollen Herrriot und Briand sein. Da Herriot die Bedingungen Millerands nicht annehmen wird, steht schon fest, und wenn der sehr bedenklose Briand sich dann bereit erklären sollte, so dürfte er kaum die Unterstützung der Radikalen und der Sozialisten in der neuen Kammer finden. Es wird also Millerand sicher nicht gelingen, dem Banne des nationalen Blocks, die er eben so energisch verurteilt hat, durch einen Krieg wieder aufzunehmen. Allerdings wollen auch die Erklärungen über die Bildung einer Regierung der Linken in Frankreich keine rechten Fortschritte machen. Hier ist es die Haltung der Sozialisten, die die Uralde oder Schwertfeger ist. Ein Teil der Sozialisten, darunter der Parteiführer Blum, lehnen auf Grund der Umberdamer Beschlüsse eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ab, während ein anderer Teil unter Führung der Abgeordneten Paul Boncourt und Renaudet für eine Koalitionskoalition eintritt. Über auch die strengere Richtung der Partei ist für die Unterstützung einer Regierung, die sich zu einer ehrlichen demokratischen Reformpolitik bekannte.

### Neue Luftschiffe in England.

Premierminister Macdonald kündigte im Unterhaus ein umfassendes Programm für Forschungen und Versuche zur Entwicklung des Luftschiffabwesens an. Rundschiff soll eines der vorhandenen britischen Luftschiffe ersetzen werden. Ferner würden 2 neue Luftschiffe erbaut werden. Die Luftschiffe seien dazu bestimmt, den Dienst nach Indien zu übernehmen. Macdonald betonte, dass für die künftige Organisation einer Luftflotte eine Reserve an Material gebildet werden solle, was bedeutungsvoll sein würde, vorausgesetzt, dass die Luftschiffe sich für gewisseVerteidigungsfunktionen eignen. Das Programm für die ersten drei Jahre werde 1.200.000 Pfund Sterling beanspruchen.

Wir die Männerwill in Deutschland. Die kommunistische Parteileitung hatte für Dienstag eine Vertreterversammlung aus ganz Deutschland nach Berlin berufen. Es fand in den Werkstätten in Riesenthalerwerke statt. 118 Delegierte aus Deutschland waren erschienen. Dies zuletzt verlautet, hat sich die Zugsordnung einstimmig für einen beispiellosen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die gewaltige Errichtung der Ritterkultur in Deutschland ausgesprochen.

## Die Notverordnungen im Landtag.

Nach Eröffnung des gestrigen Sitzung wird von dem Abg. Stewert (Stomm.) beantragt, heute die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf sofortige Ausschaltung der Polizei aus den Aussperrungsgebieten vorzubringen. Ferner stellt er den Antrag, Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten bereitzustellen.

Arbeitsminister Eisner teilt mit, daß sich das Arbeitsministerium bemüht habe, die Differenzen beizulegen. Am Dienstag und Mittwoch hätten Verhandlungen stattgefunden und für morgen sei eine weitere Verhandlung beim Reichsministerium in Berlin angelegt. Er hoffe, daß es zu einer Versöhnung kommt, da eine Reihe von Differenzpunkten bereits erledigt sei.

Die Kammer beschließt nach weiterer Geschäftsordnungssdebatte, es bei der einmal festgesetzten Tagesordnung zu belassen. Punkt 1 befaßt sich mit dem

### Bau von Wasserkräftanlagen.

Es handelt sich hierbei um den Bau des Oberwabens zu einer Wasserkräftanlage und eines Hochwasserdammschutzes an der Vereinigten Mulde bei Wurzen, den Bau von Wasserkräftanlagen an der Zwickauer Mulde bei Waldenburg, am Schwarzwasser bei Aue und die Fertigstellung der Wasserkräftanlage an der Freiberger Mulde bei Klosterbuch. Für den Bau dieser Anlagen werden 4075000 Goldmark benötigt.

### Finanzminister Dr. Reinhold:

Die Regierung jetzt dem Landtag dankbar dafür, daß die Vorlage, die im außerordentlichen Etat wiederkehrt, jetzt schon zur Veratung komme. Bei den kommunalisierten Eigentumsverhältnissen sei der Staat in erster Linie dazu berufen, einen großzügigen Ausbau der Wasserkräfte vorzunehmen. Man habe die 24 ausbaufähigsten Wasserkräfte untersucht lassen und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß mindestens zehn Wasserkräfte mit wirtschaftlichem Nutzen ausgebaut werden könnten. Vier Wasserkräfte seien jetzt schon herausgeschritten worden, deren Ausbau zum großen Teil mit Hilfe von Erwerbslosen und ungelernten Arbeitern erfolgen können. Es könne leichtfertig erscheinen, bei der heutigen Kreditnot solche Pläne in Angriff zu nehmen. Über soviel man die Summen nicht aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bekomme, seien sie schon aufgebracht durch Begehung von sächsischen Goldschatzentnahmen. — Abg. Günther (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß diese mit der Vorlage einverstanden sei. Der Industrie müßten billige Energiequellen zur Verfügung gestellt werden. Bei dem Ausbau der Wasserkräfte müsse der Staat die Führung behalten, aber es müsse auch der Industrie die Möglichkeit gegeben werden, daß sie sich solchen Plänen zuwenden, die wirtschaftlichen Vorteil bringen. — Abg. Dennhardt (Soz.) behauptet, daß mit der Arbeitskraft der Erwerbslosen Raubbau getrieben werden sollte. — Abg. Dr. Gerdert (Dn.) hält es für richtiger, daß nicht der Staat, sondern die Alttingefellshaft Sächsische Werke den Ausbau der Wasserkräfte übernehme. Ansichts der heutigen Kreditnot hält es der Redner für bedenklich, das Kapital für solche langfristigen Anlagen zu verwenden. Es käme jetzt darauf an, Betriebskapital zur Verfügung zu stellen, das schnell umläuft. Man habe aber eine Kapitalverwendung vor, die vielleicht erst in fünf Jahren Rente abwirft. Der Plan der Regierung sei nicht zeitgemäß. (Zuruf:immer risikofrei) — Abg. Stewert (Stomm.) ist der gegenteiligen Ansicht. Es sei bedauerlich, daß die Wasserkräfte nicht längst schon der Allgemeinheit nutzbar gemacht worden seien. Gerade jetzt müsse man dafür sorgen, daß der Volkswirtschaft billige Energie zugeführt werde. — Abg. Lieberknecht (Komm.) steht dem Ausbau auch sympathisch gegenüber.

Man müsse sich aber dagegen wenden, daß die Elbenarbeit der deutschen Arbeiter zugunsten des Privatkapitals ausgenutzt werden sollte. Der Redner stellt den Antrag, daß die beim Bau der Wasserkräftanlagen beschäftigten Erwerbslosen tarifmäßige Entlohnung erhalten. — Finanzminister Dr. Reinhold entgegnet dem Abg. Dr. Gerdert, daß die Anlagen schon im nächsten Jahre eine Rentabilität erzielen würden.

Die Vorlage geht mit dem kommunistischen Antrag an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über wertbeständige Darlehen und Erweiterung der Landeskulturrentenbank.

Der Landtag beschließt sich nun mit den vom Gesamtministerium in der Zeit, während der Landtag nicht verklammert war, erlaubt.

### Notverordnungen.

Abg. Blücher (D. Wp.) beantragt, die Notverordnung über die Änderung des Staatsbankgesetzes in sofortige Schlusseratung zu nehmen, die übrigen den Ausschüssen zu überweisen. — Abg. Dr. Gerdert (Dn.) befürwortet sich besonders mit der Ausführungsverordnung der dritten Steuernotverordnung. Er bezeichnet diese als eine schreitende Ungerechtigkeit. — Abg. Börner (Dn.) wendet sich ebenfalls gegen die dritte Steuernotverordnung und das bittere Unrecht, das insbesondere durch die unzulänglichen Aufwertungsbestimmungen den Rentnern zugesetzt werde. — Abg. Fellisch (Soz.) befürwortet, daß man den Verteilungsschlüssel der Umsatzsteuer in Paragraph 9 der zweiten Notverordnung zum Vollzug der dritten Steuernotverordnung und des Finanzausgleichsgesetzes auch für Einkommen- und Körverschaffungssteuer anwende, da Gemeinden und Bezirkverbände sonst ungerecht behandelt würden und ihre Aufgaben nicht erfüllen könnten. — Abg. Böttcher (Komm.) behauptet, daß alle zehn Notverordnungen im Interesse der Besitzenden erlassen worden seien, keine einzige im Interesse der Arbeiterklasse. Die Regierung habe ihre Befugnisse überschritten. Die Notverordnungen seien keine sorgfältige Gesetzesarbeit, sondern scharfe Galopparbeit. Die Regierung habe sich Taschenspielerkunststücke erlaubt, die Mietsteuer belaste in erster Linie die Arbeiter. Daneben sei die Verordnung über das Mietvergehen. — Abg. Dr. Dehne (Dem.) weist darauf hin, daß eine Änderung der Notverordnungen nicht in Frage komme. Der Landtag könne nur „ja“ oder „nein“ sagen. Der Redner verteidigt das Erwidigungsgesetz, daß eine Tat gegeben sei. — Abg. Stewert (Stomm.) lehnt die Notverordnungen ab. Die Parteien, die dem Erwidigungsgesetz zugestimmt hätten, hätten den Arbeitern unerhörte Belastungen gebracht. Der Wohnungsbau müsse auf dem Wege der Regel erfolgen.

In sofortiger Schlusseratung werden die Notverordnungen über die Beamtenbefördlung und über die Änderung des Staatsbankgesetzes gegen vier Stimmen angenommen.

## Von Stadt und Land.

Aue, 16. Mai.

### Der Beamtenabbau in Sachsen.

Nach dem Stand vom 1. April 1924 hat sich die Zahl der in der Staatsverwaltung beschäftigten Beamten und Angestellten, soweit sie dem Personalabau unterworfen waren, gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1923 wie folgt verringert:

am 1. Okt. 1923 am 1. April 24  
Planmäßige und nicht planmäßige Beamte 16 925 14 410  
Angestellte 2 455 885

## Das Chamäleon.

Von Gustav Staub.  
Autorisierte Übersetzung von Gertrud Bauer.  
(Fortsetzung)

Wenn Pfarrer Winter auch ein alter Mann ist, so trodigt er sein Alter doch wie ein Held. Wie er nun so in seinem dicken Pelz hastischritt, sah er durchaus nicht wie das Wort Gottes vom Lande, sondern eher wie ein ehrenvoller Freibauer aus. Er hielt sich gerade und ging mit festen Schritten. Und Hans Christian ging an seiner linken Seite, hinter einem Schritt hinter ihm, wie der Untergebene neben seinem Vorgesetzten gehen soll. Als sich die Tür hinter den beiden geschlossen hatte, standen sie draußen in der finsternen und kalten Winternacht. Um Himmel funkelten die Sterne. Gerade vor ihnen konnten sie die Schornsteine einer Fabrik unterscheiden, die am Wasserfall gebaut war. Gleich drohenden schwarzen Feindeslinnen hoben sich diese Schornsteine vom Winterhimmel ab. Und wenn sie zuschauten, so würden sie im Silben einen schwachen Lichtschein erblickt haben; das war der Widerschein der Scheiter der nächsten Stadt, die fünf Kilometer entfernt lag.

Weber zu Fuß noch zu Wagen begegnete ihnen jemand auf der hartgefrorenen Landstraße. Sie kamen an einzelnen Häusern und Hütten vorbei, die mit schwarzen geschlossenen Fenstern dalagten. Alle Menschen waren zur Ruhe gegangen.

Nachdem sie beide alten Männer so eine Weile nebeneinander hergeschritten waren, ergriff der Pfarrer Hans Christians Arm, und so schritten sie dann weiter.

„Was sagen die Deute auf dem Hof zu der Sache?“ fragte er. „Was sagt Stine, deine Frau, was sagen der alte Abraham und der neue Verwalter? Du hast ihnen am Ende gar nichts davon gesagt.“

„Von dem, was ich selbst gesehen habe, habe ich nichts gesagt, aber ich merke wohl, daß alle irgend etwas Sonderbares gehört oder gesehen haben. Abends wird in der Deutestube viel leise geflüstert. Der alte Abraham behauptet, er habe aus der leeren Wohnung

ein ganz sonderbares Gesicht gehabt.“

„Ein Gesicht?“

„Ja eines Abends vor einiger Zeit. Er ging am Herrenhause vorbei und hörte drinnen das Gesicht.“

„Ja, Hans Christian, dann ist es wohl irgendein Spatzvogel, der sich einen Scherg erlaubt.“

„Wer könnte das sein?“ fragte der Aufläufer. „Als Abraham in die Deutestube kam, nachdem er das Gesicht gehabt hatte, waren alle versammelt, die zum Hof gehören, Knechte und Magde. Und nachdem das Tor geschlossen ist, kommen keine Fremden mehr auf den Hof und noch weniger ins Haus.“

„Aber war denn Abraham auch ganz sicher, daß das Gesicht wirklich aus dem Hause kam?“

„Dasselbe habe ich ihn auch gefragt. Ja, er ist ganz sicher. Und das Gesicht habe so unheimlich geflungen. Abraham selbst sagte: Es war kein schreckliches Gesicht.“

Plötzlich blieb der Pfarrer stehen, als ob ihm ein glänzender Einfall gekommen wäre.

„Du liebe Zeit, Hans Christian, daß wir daran nicht schon Lust bekommen haben!“ rief er. „Die Hunde, Mensch, die Hunde! Wir haben doch zwei große Hunde auf dem Hof. Die müssen doch einen gewaltigen Lärm machen, wenn derartiges vorgeht.“

Hans Christian wandte den Kopf ab und murmelte mehr vor sich hin: „Die Hunde schlügen nicht an.“

Darauf gab der Pfarrer keine Antwort. Schweigend schritten sie weiter.

Nachdem sie vom Pfarrhaus aus etwa zehn Minuten gegangen waren, schlügen sie rechts einen Seitenweg ein. Gleich darauf standen sie vor einem hohen schmiedeeisernen Tor, das Hans Christian öffnete, und die alten verrosteten Angels quietschten dabei lärmend. Im selben Augenblick brachen zwei dunkle Schatten durch die schneebedeckte Hecke neben dem Weg, und ein unheilsverkündendes Knurren ließ sich vernehmen.

Das waren die beiden Hofhunde. Hans Christian rief ihnen zu, und das böse Knurren verwandelte sich sofort in ein fröhliches Bellen. Nach wenigen Schritten fiel ein Lichtlein auf den

Da von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Staatsdienst befindlichen Beamten vor dem 1. April 1924 mindestens 15 Prozent ausgeschieden hatten, hätten von den 16 925 Beamten eigentlich 2589 ausgeschieden müssen. Durch vorzeitige Versetzung in den Ruhestand oder in Werkzeug oder durch sonstige Ausschreibungen sind bis zum 1. April 1924 insgesamt 1000 Beamte ausgeschieden. Der restliche Abbau ist in der Weise erfolgt, daß 588 unbefristete planmäßige Stellen dauernd eingezogen wurden und die Entlassung von 920 Dauerangestellten auf den Beamtenabau angerechnet worden ist, sodass die Abbauparante von 15 Prozent im wesentlichen erfüllt ist. Anders ist es bei den Volks- und Fortbildungsschülern. Hier stehen die genauen Zahlen noch nicht fest. Nach dem vorläufigen Ergebnis sind von 18 428 Lehrkräften nur 1278, das sind rund 7 Prozent, abgebaut worden.

Was die finanzielle Auswirkung des Beamtenabbaus anlangt, so ergibt sich unter Zugrundeziehung des Bestandsstandes vom 1. April 1924 eine Sparsumme von jährlich rund 5 Millionen Goldmark. Das ist die Differenz zwischen der tatsächlichen Sparsumme am Gehältern von rund 10 100 000 Goldmark und den aus Unabsicht des Abbaues zu zahlenden Ruhegehältern von 5 100 000 Goldmark. Dieser Sparbetrag wird bei dem allmäßlichen Wegfall der Ruhegehälter und der zu erwartenden Erhöhung der Beamtengehälter noch und noch noch steigen. Ebenso sind Sparsummen leichter von Natur hinzutreten durch Zusammenlegung von Büros usw.

**Anttag auf Erhöhung der Beamtengehälter.** Die Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenchaft haben einen Schiederausschuss gewählt, der sofort die nötigen Vorbereitungen für einen Antrag auf Erhöhung der Beamtengehälter an die Regierung vorbereitet. Mit dem Reichsfinanzministerium ist bereits verhandelt worden. Es vertrat die Ansicht, daß den Leistungsvorstellungen Rechnung getragen werden müsse, daß es aber notwendig sei, zunächst aus dem ganzen Reiche Überstichen über die Lebenshaltungskosten und die Beamtenentgelte zu erhalten.

**Die Ausreisegebühr.** Eine Berliner Zeitung will erfährt haben, daß an den zuständigen Stellen die Absicht besteht, die Verordnung über die Ausreisegebühr über 500 Mark mit dem 15. Juni wieder aufzuheben. An zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist. Die Frage der Aufhebung dieser Verordnung hat die maßgebenden Stellen überhaupt noch nicht beschäftigt.

**Neue Stationsnamen.** Vom 1. Juni ab werden die nachgenannten Stationsbezeichnungen wie folgt geändert:

Biherige Stationsbezeichnung:	Neue Stationsbezeichnung:
Sommerfeld bei Leipzig	Engelsdorf Ost
Golßenstein	Golßenstein (Wohl.)
Langenberg bei Riesa	Glaubitz bei Riesa
Cospa	Cospa-Cospitz
Cospitz	Pirna-Cospitz
Reudnitz bei Pirna	Pirna-Reudnitz
Notterndorf	Pirna-Notterndorf
Niederplanitz	Planitz
Swidau (Pip.)	Swidau-Pöhlitz
Schedewitz	Swidau-Schedewitz

**Gründung des Freibades.** Wie der Rat der Stadt bereits in der gestrigen Nummer dieses Blattes bekannt macht, wird das Freibad an der Hofentzümme schon Sonnabend, den 17. Mai 1924 geöffnet. Die überaus warme Witterung, die zur Zeit herrscht, dürfte sicher viele veranlassen, ein Bad zu nehmen. Die Badegäste und alles Nächste über den Badebetrieb sind aus der amtlichen Bekanntmachung ersichtlich. Hoffentlich hält das warme Wetter den ganzen Sommer hindurch an, damit der Badebetrieb ein recht reger und damit auch der gesundheitsfördernde Zweck des Freibades in reich weitausgehender Weise erfüllt wird.

**Der Ausritt aus der „Freien Polizeiabteilung“ kann nur am Schluß eines Spieljahrs erfolgen.** Er wird durch schriftliche Abmeldung unter Rückgabe der Mitgliedskarte bewirkt. Die Abmeldung hat spätestens acht Tage nach der letzten Vorstellung im Spieljahr in der Geschäftsstelle zu erfolgen, also

Das ist meine Wohnung,“ erklärte Hans Christian. Der Pfarrer nickte. Er wußte das; das Haus mit dem schrägen Dach enthielt die Deutestube.

Gleich darauf standen die beiden Wanderer auf dem rohen Hofplatz. Das Herrenhaus bestand aus Erdgeschoss und einem Stockwerk und hatte zwei Flügel. Alle Fenster waren dunkel und fest verschlossen. Kein Mensch war auf dem Hof zu sehen, und sein Ton war zu hören.

„Sollen wir hineinsehen?“ fragte Hans Christian flüsternd.

„Ja“ erwiderte der Pfarrer. „Über hole ein Licht.“ Hans Christian führte den Pfarrer bis an die Vorstreppe, und es zeigte sich, daß er da eine Latrine stehen hatte, die er ansteckte. Beim roten Scheine des Bündholzes konnte der Pfarrer sehen, daß das Gesicht des alten Dieners einen ungewöhnlich ernsten Ausdruck zeigte.

Obgleich die beiden Männer sich große Mühe geben, kein Geräusch zu machen, konnten sie es doch nicht vermeiden, daß die Treppenstufen unter ihren Füßen knarrten. Der Pfarrer ging mit schweren Schritten.

Wieder rasselte Hans Christian mit dem Schlüsselbund, und nachdem er eine Weile gesucht hatte, fand er den richtigen Schlüssel und schloß auf. Der Pfarrer trat zuerst ein. Hans Christian legte die Hunde weg, kam dann dem Pfarrer nach und schloß die Tür wieder ab.

Die Hunde blieben draußen stehen. Sie witterten und schnüffelten an der Türhalte und stießen ein lärmendes, aber schwaches Winseln aus.

Die beiden Männer standen im Vorraum. Hans Christian holte die Latrine in die Höhe.

„Hier sind schon lange keine Menschen mehr gewesen,“ bemerkte der Pfarrer. „Es zieht ganz meistig.“ (Fortsetzung folgt.)

er 1923 ist  
April 1924  
ten von der  
Durch  
in Wartegall  
am 1. April  
Der teilweise  
e planmäßige  
Stiftung von  
angerechnet  
Prozent ist  
Volls- und  
neuen Säulen  
finden von  
Prozent, ob  
unterhabens  
Besoldungs-  
tümlich rund  
wischen der  
10 100 000  
zahlen  
Erspartnis-  
abgeholter  
entliche Mögl  
legung von

Die Spitäler  
haben einen  
Vorbereitung-  
gebälder am  
ministerium  
Ansicht, daß  
werden  
dem ganzen  
und die

Vertretung  
der nach-  
ert:  
gleichung:  
Bogel  
Alesa  
Lobest.  
orf  
Gendorf  
h  
ewitz.

Stadt be-  
nnt macht,  
in Sonn-  
es warme  
veranla-  
es Nähre  
nimmung  
ganzem  
ein recht  
Zweck des

n nur am  
schriftliche  
wirkt. Die  
pten Vor-  
igen, also

ben alten  
and, aber  
erg in die  
t darauf  
en drang

Kristian.  
aus mit

auf dem  
s Erde-  
gel. Alle  
u hören.  
Kristian

n Licht.“  
die Vor-  
reichen  
s Bür-  
icht des  
Ausbrud

e haben  
icht ver-  
ritten  
itten.

Großel-  
fand es  
Pfarrer  
be weg.  
Er wie-  
itterten  
in ihm

Dem  
eine ge-  
dächtig.“

in diesem Jahre bis spätestens 20. Juli über ihn da zu  
diesem Termin nicht gelan hat, bringt damit zum Ausdruck  
dag er auch für das nächste Spieljahr 1924/25 Mitglied  
leben will. Er wird weiter als Mitglied geführt und er-  
hält bis Ende August die neue Mitgliedskarte gegen eine Um-  
holtgebühr von 50 Pf. von den Kassierern ausgestellt.

### Von den Auer Lichtspielbüchern.

**Carolathater-Lichtspiele.** Es ist kein Zweifel, daß die Carolathater-Lichtspiele von sehr bemüht waren, der Be-  
sucherchaft etwas außergewöhnliches auf dem Gebiete des  
Films zu bieten. Diesmal ist es ein amerikanisches Filmer-  
zeugnis, das jedem Geschmack Rechnung zu tragen weiß,  
ohne indessen durch sensationelle Ueberspanntheiten auf blohen  
Körpergeist aufgesetzt zu sein. „Um Weib und Kind“ nennt  
der Film. Ein Familiendrama, das besonders wirt-  
fangsvoll ist durch die fesselnden Bilder gestaltet, die sich auf  
einer einzamen Insel in der Südsee abspielen. Während das  
ruhige Regiment der Eingeordneten nur Überraschung im  
wütigen Kampf findet, rollt sich das tragische Geschick einer  
von ihrem Gatten sich verlassen glaubenden weinen Frau in  
mitten der romantischen Schönheit des Ozeans ab. Der  
Film löst rührselige Stimmungen aus und führt in flottem  
Tempo vom wilden Kampf zum glücklichen Ende. Als zweiter  
Film des Abends läuft die 3. Fortsetzung des großen histori-  
schen Episodenfilms „Aus den Tagen Buffalo Bills“ über die  
weiße Wand. Die Darstellung ist einwandfrei, mit packend  
spannenden Augenbildern von durchschlagender Wir-  
kungskraft.

\* \* \*

**Unter. Bei den Elternratswahlen am Sonn-**

**tag und 18 christliche und 2 weltliche Vertreter gewählt**  
**wurden.**

**Osnabrück. 1. C. Unterstützung der ausge-**

**sperrten Bergarbeiter.** Die Stadtverordnetenver-

**versammlung hat einstimmig beschlossen, die ausgesperrten Bergarbeiter durch Lebensmittel zu unterstützen.**

**Rüthenstein. C. Hilfeanahmen für die**

**Bergarbeiter.** Da die Zahlung von Erwerbslosen-

**unterstützung gelegentlich nicht zulässig ist, erhalten Ausgesperrte**

**eine Fürsorge-Unterstützung, die sich den Sorgen der**

**Erwerbslosenfürsorge anzupassen hat.**

**Werdau. Schenkung.** Der Werbauer Industriever-

**ein hat der Stadtverwaltung den Betrag von 1200 Gold-**

**mark überwiesen, für die ein neuzeitlicher Operationsstisch,**

**sowie eine moderne Buchy-Blende für den Röntgen-Apparat**

**für das Stadtkrankenhaus beschafft worden sind.**

**Waldburg. Schweres Autounfall.** Auf der

**Landstraße zwischen Gallenberg und dem Bahnhof „Zur Rose“**

**erfolgte sich am Sonnabend ein schweres Automobilunglück.**

**Aus noch nicht aufgeklärter Ursache wurde der Wagen eines**

**Henniger Fabrikdirektors, der mit seiner Familie seine Tochter**

**Waldburg verherrlichte Tochter besuchen wollte, von dem**

**Fahrdamm in den Straßengraben geschleudert und zertrüm-**

**met. Der Chauffeur wurde getötet, während die drei ver-**

**letzten Insassen durch das Auto eines Waldburger Arztes**

**nach Waldburg gebracht und in ärztliche Behandlung ge-**

**nommen wurden.**

**Limbach. Verbotene Fahnenweihe.** Die vom

**„Hechtwolf“ für Limbach geplante Fahnenweihe verbunden**

**mit Umläufen und Besuch ist vom Ministerium des Innern**

**verboden worden, ebenso ist die Gegendemonstration verbo-**

**ten, zu der von den Kommunisten aufgerufen worden war.**

**Modling. Bildung einer neuen Stadt-**

**Kapelle.** Nachdem sich die frühere Stadtkapelle wegen

**der wirtschaftlichen Notlage aufgelöst hatte, ist jetzt wieder**

**eine neue Stadtkapelle gebildet worden. Die Leitung hat ihr**

**haupterer Direktor Geferich wieder übernommen.**

**Leipzig. Migrantenflucht aus dem Ge-**

**fangnis.** In der Mittagsstunde des Donnerstag ver-

**suchte ein etwa 25jähriger Mann aus dem Gerichtsgebäude**

**des Landgerichts 2, Woltfstraße, zu entfliehen. Er wagte**

**aus einem Fenster des ersten Stockwerks den Sprung auf die**

**Straße und eilte in langen Sätzen der Südstraße zu. Durch**

**das fortwährende Rufen eines Kurfürstbeamten „Haltest hier!**

**und taatkräftiges Augreisen von Passanten konnte der Flüchtling schnell wieder in sicherem Gewahrsam**

**gebracht werden.**

**Dresden. Mord und Selbstmord.** Am Dien-

**stag in den zeitigen Morgenstunden hat der 81jährige Gas-**

**zähler H. Böhländtstraße 81 wohnhaft, seine Ehefrau, die im Bett schlief, mit einem Messer erschlagen und sich selbst durch**

**Erhängen entlebt. Der Grund sollen Spielschulden und eine**

**von ihm begangene Unterschlagung sein.**

**Dresden. Eine bestialische Kindesmorde-**

**rin verhaftet.** Von der Dresden Kriminalpolizei

**wurde die Arbeiterschwester J. in Dresden wegen Löhnab-**

**teilung in mehreren Fällen festgenommen. Die eingehende**

**Untersuchung hat ergaben, daß sich die J. nicht nur gegen**

**das leidende Leben verging, sondern auch mehrfach Kinder in**

**bestialischer Weise umgebracht hatte, und zwar**

**hat sie Frauen, die heimlich entbunden sein wollten, bei sich**

**in ihrer im Zentrum der Stadt gelegenen Wohnung tagelang**

**aufgenommen, die Geburt beschleunigt und die neuge-  
borenen Kinder mit Deden erstickt, mit Petroleum über-**

**gossen und im Ofen verbrannt. Auch einige Kindesmörte-**

**ßen folgten der unfachgemäßen Behandlung ihre Leben**

**eingebüßt. Der Themann, der das schändliche Treiben seiner**

**Frau durch die Tat unterstützte hat, ist auch verhaftet wor-**

**den, ebenso eine weitere Mutterin.**

### Sprechsaal.

Die Redaktion steht zum freien Kommentarschreiben offen. Die

Redaktion übernimmt berücksichtigt die politische Bezeichnung.

#### Die Frauen und das Wahlrecht.

Der beifolgende Aufsatz wird uns von einer Dame  
gezeigt. Wir können uns zwar nicht mit  
allein, was er enthält, einverstanden erklären, brauen  
ihm oder im übrigen gern ab, da es eine Meinung ent-  
hält, die ernstlich bedacht zu werden verdient. D. Red.

Über das Verschulden, das unter dem Titel „Humor im  
Wochenspalier“ vor kurzem veröffentlicht wurde und das mit den  
Worten begann: „Ich bin ein deutsches Mädchen, doch wähle ich  
nicht“, ist sicherlich viel gelacht worden, doch hat der  
Sache auch eine ernste Seite und auf diese möchte wohl auch

Wenn dieses sogenannte „deutsche Mädchen“ nur eine ab-  
sonderliche Einzelheit wäre, so könnte man mit Humor und  
Recht darüber lachen. Leider ist sie aber ein typisches  
Beispiel für die Gefährdung vieler anderer Frauen und Mädchen,  
die aus denselben Gründen wie diese „Dichterin“ der  
Wahlurne ferngeblieben sind, und es wäre sehr bedauerlich,  
wenn diese dadurch in ihrer oberflächlichen Denkungsweise

Die Revolution hat der Frau das Wahlrecht gebracht,  
obwohl diese damals noch nicht reif war, es auszuüben.  
Trotzdem war es richtig, ihr dasselbe zu verleihen; denn nur  
dadurch gewann sie das nötige Interesse, sich mit den Ange-  
legenheiten ihres Vaterlandes ernsthaft zu beschäftigen, und  
heute ist ein großer Teil der Frauen wohl fähig, den Geist und  
die Bedeutung der Wahlhandlung zu erfassen. Außerdem  
füllt der Frau auf dem Gebiete der Politik eine hohe  
Kulturaufgabe zu; sie sollte — wie es ja in ihrer ganzen In-  
lage begründet liegt — so auch hier, milde und ausgleichend  
wirken, die schroffen Gegenseite überbrücken helfen und sowohl  
in der äußeren als auch in der inneren Politik, bei  
der Stimme der praktischen Vernunft mehr Geltung verschaffen.

Leider haben nur wenige Frauen diese Aufgabe voll  
erfüllt, teilnahmslos stehen viele allem politischen Leben  
gegenüber, weil sie nicht im entferntesten mit der Möglichkeit  
rechnen, daß sie irgendwelchen Einfluß gewinnen könnten.  
Die Frauen lassen sich meist von ihrem Gatten sagen, welche Partei sie wählen sollen, manche verzichten auch ganz  
auf die Ausübung ihres Wahlrechts und sind womöglich noch  
stolz darauf. Die Frau, die im öffentlichen Leben steht, ist  
wohlentlich mehr an der Politik interessiert, für sie handelt es  
sich ja unmittelbar um Lebensinteressen, sei sie nun an der  
Post oder im Büro, an der Schule oder im Geschäft ange-  
stellt, überall hat die Politik unmittelbar Einfluß; man denkt  
z. B. an den Unterrichtstag, den Beamtentrieb, Steuerfragen  
und ähnliches. Die berufstätige Frau weiß meist genau,  
was sie will, aber sie weiß nicht, in welcher Partei ihre  
Interessen am besten vertreten werden. Hier würde der Be-  
such der Wahlversammlungen sehr zu empfehlen sein, aber  
es ist auffallend, wie wenig Frauen an den Wahlversammlungen  
teilnehmen und doch lernt man nirgends leichter und  
schneller Politik versteht als hier. Nur darf man sich nicht  
damit begnügen, eine einzige Versammlung — und zwar die,  
der man sowieso schon genügt — zu besuchen, sondern mög-  
lichst alle, erst dann gewinnt man ein richtiges Bild. „Eines  
Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide“  
sagt der Volksmund.

Einen großen Teil der Schuld an der Unwissenheit der  
Frau in politischen Dingen tragen auch die Männer. Eine  
große Zahl von ihnen sind höchstens genug, um in einer  
Frau, die nicht über den Rand ihres Kochtopfes hinweg-  
kommen kann, ihr Ideal zu sehen. Selten findet man einen  
Mann, der sich die Mühe nimmt, einer Frau eine vernünftige,  
ausführliche Antwort zu geben, wenn sie über politische  
Dinge Wissung verlangt, meist geht er mit einer ironischen  
Bemerkung oder mit dem bequemen: „Das versteht du nicht,  
liebes Kind!“ über ihre Frage hinweg und so läßt sie bald  
das Fragen sein und hält sich von allem politischen Leben fern.

Und doch könnten die Frauen, wenn sie geschlossen und  
stolz auftraten würden, im politischen Leben eine  
Macht bedeuten, die viel Segen stiften und manches Unheil  
verhüten könnte. Ich möchte z. B. behaupten, daß es nicht  
zum Weltkrieg gekommen wäre, wenn die Frauen aller Männer  
dabei das entscheidende Wort zu sprechen gehabt hätten.  
Darum ermahnt, Ihr Frauen, und denkt daran, daß von  
euch dasselbe gilt, was Schiller den Künstlern zuruft: „Der  
Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben“. Mr. R.

### Nachträgliches aus Halle.

#### Ein unruhige Nacht.

In der vergangenen Nacht kam es an mehreren Stellen  
zu Zusammenstößen, die in Schlägereien ausarteten.  
Dabei wurden mehrere Personen leicht und schwer verletzt.  
In einem Hause wurden 48 Personen festgenommen. In der  
Nacht vom 14. Mai wurde das Überfallkommando nach dem  
Weinbergweg gerufen. Hier waren mehrere Personen, die sich auf dem Heimwege von dem Seidenfabrik befanden, von  
mehreren Leuten überfallen worden. Zwei Personen wurden  
hierbei verletzt, sobald sie sich in ärztliche Behandlung begeben  
wollten. Sieben Personen wurden festgenommen.

Am heutigen Morgen kam der Leiter in Halle vermisst.  
In Halle ließen Gerüchte um, daß drei Mitglieder der  
bayerischen Volksabgeordneten vermisst würden. Tatsache ist,  
daß zwei Mitglieder seit Montag vermisst werden.  
Man hat bisher keine Spur von ihrem Aufenthalt.

Um Mittwochabend wurde eine Leiche aus der Soale ge-  
funden. Es sollte sich heraus, daß es die Leiche eines Selbst-

mörders ist, der nach mehreren Jahren wiederum nach  
Hause im Hause gelangen hat.

### Letzte Drahnachrichten.

#### Die Reichsregierung steht in sicherer Stellung.

Berlin, 16. Mai. Zu dem Entschluß der Partei-  
leitung der deutsch-nationalen Volkspartei erklärte Dr.  
E. R. noch weiter: Die Reichsregierung habe sich nicht  
mehr für bestätigt, sondern auch für bestätigt. Deutlich  
ist in den Verhandlungen über die Gesamtverhandlungen  
getan zu vertreten. Die Reichsregierung erkennt  
ferner den Wechsel des Kanzlers des deutsch-nationalen  
Volkspartei als nicht in Gang befindet mit den  
parteilichen Verhandlungen. Sie steht in dem Maße  
der Parteileitung der deutsch-nationalen Volkspartei eine  
ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außen-  
politik. Es liegt auch immer noch keine Kanzlei und Min-  
isterie für die Erfüllung der deutsch-nationalen Volkspartei vor,  
wie sie sich die Errichtung der Reichsregierung erwartet.  
Für die Reichsregierung bedeutet es unbedenklich  
wiederum zu wollen sie aus innerpolitischen Gründen die  
außenpolitischen Interessen Deutschlands auf Spiel

Berlin, 16. Mai. Zu dem Entschluß der Partei-  
leitung der deutsch-nationalen Volkspartei, in welchem die  
Reichsregierung aufgefordert wird, entsprechend dem  
Wunsch der Wahlen abzuhören und zurückzutreten, erklärte das  
BDBW, die Reichsregierung sei entschlossen, gleichzeitig  
die ihr übertragenen Regierungsaufgaben nicht vor dem  
Austritt des Reichstags aus der Hand zu geben.

